



BFS
Service GmbH



Bank
für Sozialwirtschaft



Zweites Trendbarometer Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Köln, März 2023

Hintergrund und Vorgehen

Für zahlreiche Organisationen und Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sind die aktuellen Rahmenbedingungen mit großen wirtschaftlichen Herausforderungen verbunden. Stark steigenden Sach- und Personalkosten der Leistungserbringung stehen regulierte Vergütungen und eine begrenzte Zahlungsfähigkeit der Leistungsempfänger*innen gegenüber. Dies belastet die Ertragslage und Liquidität sowie die Investitionsfähigkeit und Innovationskraft der Einrichtungen und Dienste. Die Politik reagiert bislang unzureichend auf die Entwicklungen.

Mit dem zweiten „Trendbarometer Sozial- und Gesundheitswirtschaft“ möchten die Bank für Sozialwirtschaft und die BFS Service GmbH das weiterhin bestehende Ausmaß der Herausforderungen und den Handlungsbedarf in zentralen Leistungsfeldern transparent machen.

Mittels eines Erhebungsbogens wurden ausgewählte Branchenexpert*innen strukturiert und anonym zur Geschäftslage ihrer Organisation sowie zu ihren Erwartungen für die kommenden Monate befragt. Flankiert wurde die Online-Umfrage von Experteninterviews mit ausgewählten Unternehmensvertreter*innen.

Rahmen des zweiten Trendbarometers Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Ziel der Umfrage und Zielgruppen

- **Ziel:** Abbilden der wirtschaftlichen Auswirkungen der Energiekrise und der Inflation, um die mittelfristigen Konsequenzen quantitativ und qualitativ zu erfassen und daraus Impulse für betriebliche, verbandliche und politische Weichenstellungen abzuleiten
- **Zielgruppe:** Freigemeinnützige, privat-gewerbliche und öffentliche Einrichtungen und Organisationen aus folgenden Leistungsbereichen:
 - Stationäre Pflege
 - Ambulante Pflege
 - Krankenhaus
 - Vorsorge- und Rehabilitation
 - Eingliederungshilfe
 - Niedergelassene Ärzte Arztpraxen/ MVZ

Zeitraum

- 25. Januar 2023 bis 21. Februar 2023

Teilnehmer*innen

- Rund 40 ausgewählte Branchenexpert*innen aus sozialen Organisationen und Unternehmen mit deutlich über 1.000 Einrichtungen in den vorgenannten Leistungsfeldern der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Angespannte Stimmungslage der Branchenexperten*innen bleibt bestehen

50 Prozent der Befragten bewertet die **wirtschaftliche Lage** als **angespannt**.

Die Befragten berichten von einer **Verringerung der Liquidität**. Im Vergleich zur Situation im vierten Quartal 2022 ist keine Verbesserung der Liquiditätslage festzustellen.

Bei 65% der Befragten führt Fachkräftemangel zu einer **Reduktion der Aufnahmekapazität** um bis zu 30 Prozent und infolge zu **sinkenden Erträgen**.

Ein Großteil der Befragten plant die **Gas- und Strompreisbremsen** in Anspruch zu nehmen; gleichzeitig ist diese Kompensation für 35 Prozent der Befragten unzureichend.

30 Prozent der Befragten haben das Jahr 2022 mit einem **Jahresdefizit** abgeschlossen. Im Jahr 2023 erwarten bereits über 40 Prozent der Befragten ein negatives Jahresergebnis.

1/3 der Befragten haben die Erfahrung, dass die **Kostenträger nicht bereit** sind, die inflationsbedingten **Mehrkosten zu kompensieren**.

Wesentlichen wirtschaftlichen Herausforderungen in 2023: **Fachkräftemangel, Inflation** und damit verbunden **Energiekostensteigerungen, Lohnkostensteigerungen**

1/4 der Befragten haben in den vergangenen 12 Monaten geplante **Transaktionen** aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen **zurückgestellt**.

Investitionen in Digitalisierung, Personal, Immobilien oder die Weiterentwicklung des Geschäftsmodells sollen zumeist aus **Eigenmitteln** oder **Förderprogrammen** finanziert werden.



Executive Summary

Leistungserbringer in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft brauchen Verlässlichkeit

Finanzierung

Inflationsbedingte Kostensteigerungen setzen die soziale Infrastruktur unter massiven Druck. Die Kostenträger kompensieren die Mehrkosten nur ungenügend. Ein Rückgang der Liquidität sowie langfristig Defizite im Jahresabschluss sind die Folge. In jüngster Vergangenheit haben bereits große Betreiber Insolvenzanträge stellen müssen.

Personal

Personalmangel führt zum Abbau der Kapazitäten und stellt eine erhebliche Gefahr für die Versorgung und Betreuung der Leistungsberechtigten dar. Um allen Hilfsbedürftigen weiterhin eine professionelle Versorgung zu bieten, braucht es geeignete Rahmenbedingungen, die eine Gewinnung und Bindung des erforderlichen Personals erleichtern.

Investitionen

Das Trendbarometer des 1. Quartals 2023 zeigt die Investitionsbereitschaft der Betreiber in zukunftsfähige Technologien. Zweifel bestehen hinsichtlich der Finanzierbarkeit. Planungssicherheit hinsichtlich gesetzlicher Rahmenbedingungen besteht auch nicht. Eine Zunahme des bereits bestehenden Investitionsstaus droht. Dieser Entwicklung muss auf Systemebene entgegengewirkt werden, um die Zukunftsfähigkeit des Versorgungssystems zu gewährleisten.

Stabilität

Aus Sicht der Leistungserbringer ist die Politik gefordert, stabile gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Diese ist Voraussetzung für eine langfristige Planung des Leistungsangebotes und der damit verbundenen Investitionen. Stabilität und Planungssicherheit sind wichtig für eine zuverlässige und konsistente Versorgung der Bevölkerung.



Conclusio

Anhang



Die Hälfte der Befragten bewertet die wirtschaftliche Lage als angespannt. Im Vergleich zum letzten Trendbarometer aus dem vierten Quartal 2022 stellt sich die Stimmungslage unverändert schlecht dar.



- Rund 30 Prozent der Befragten geben an, das Jahr 2022 mit einem Jahresdefizit abzuschließen. Im Jahr 2023 erwarten bereits über 40 Prozent der Befragten ein negatives Jahresergebnis. Im Vergleich zum Jahr 2019 hat sich der Anteil der Befragten, die ein Jahresdefizit erwirtschaften, fast verdreifacht.
- Zwischen 40 Prozent (ambulante Gesundheitsversorgung) und 66 Prozent (Eingliederungshilfe) der Befragten berichten von einer Verringerung der Liquidität. Im Vergleich zur Situation im vierten Quartal 2022 ist keine Verbesserung der Liquiditätssituation festzustellen.
- Der Umfang des Liquiditätsrückganges liegt je nach Geschäftsfeld zumeist zwischen fünf und 20 Prozent. Ein kleiner Anteil der Krankenhäuser sowie Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen berichtet von Liquiditätseinbußen bis zu 30 Prozent. In der stationären und ambulanten Pflege gibt eine Minderheit einen Rückgang der Liquidität über 30 Prozent an.
- 1/4 der Befragten haben in den vergangenen 12 Monaten geplante Ankäufe / Übernahmen / M&A Transaktionen aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen zurückgestellt.
- Personal, sonstige Sachkosten, Lebensmittel und Energie sind die Kostenblöcke, in denen noch weitere Kostensteigerungen erwartet werden. Zwischen 23 (stationäre Pflege) und 60 Prozent (ambulante Gesundheitsversorgung) der Befragten haben die Erfahrung gemacht, dass sich die Kostenträger nicht bereit zeigen, die Mehrkosten zu kompensieren.
- In vielen Geschäftsfeldern erwarten die Befragten, Vergütungssatzsteigerungen verhandeln zu können. Es gehen jedoch auch nicht unerhebliche Anteile der Befragten aus der Eingliederungshilfe, der ambulanten Pflege und der ambulanten Gesundheitsversorgung davon aus, dass dies nicht gelingen wird.

Der Fachkräftemangel hat ernste Konsequenzen für die Versorgung sowie für die Ertragslage der Leistungserbringer.



- Insbesondere der Fachkräftemangel in den ärztlichen und pflegerischen Bereichen sowie in anderen Professionen, die Energiekostensteigerungen und die Lohnkostensteigerungen sind wirtschaftliche Herausforderungen im Jahr 2023 in allen Geschäftsfeldern.
- Der Fachkräftemangel hat ernste Konsequenzen für die Versorgung sowie für die Ertragslage der Leistungserbringer. So führt fehlendes Personal nicht selten zu einer Reduktion der Aufnahmekapazitäten für neue Patienten, Bewohner und Klienten. Je nach Geschäftsfeld beträgt die personalbedingte Reduktion der Aufnahmekapazitäten zwischen 10 und 30 Prozent. Besonders betroffen sind Krankenhäuser, Einrichtungen bzw. Dienste der stationären und ambulanten Pflege sowie Wohnangebote und Werkstätten für Menschen mit Behinderung.
- Infolgedessen kommt es bei den Krankenhäusern, den Vorsorge - und Rehabilitationseinrichtungen sowie der Eingliederungshilfe zu einem Rückgang der Erträge um 10 bis 30 Prozent. Noch gravierender sind die Auswirkungen im Pflegesektor. Manche stationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste verzeichnen sogar einen Rückgang der Erträge um mehr als 50 Prozent.
- Circa 2/3 der Befragten aus der stationären Pflege geben an, bereits Vorkehrungen im Bezug auf das neue Personalbemessungssystem getroffen zu haben.
- Unklarheiten bzgl. der neuen Organisations- und Arbeitsablaufstruktur, mangelnde Personalressourcen sowie die Anpassung und Erneuerung von Tätigkeits- und Verantwortungsprofilen stellen Herausforderungen bei der Vorbereitung auf das neue Personalbemessungssystem in der stationären Pflege dar.



Es bestehen große Unzulänglichkeiten bei der Inanspruchnahme der Energiehilfen.

- Ein Großteil der Befragten plant, die Hilfen der Bundesregierung (Gas- und Strompreisbremsen) in Anspruch zu nehmen. 35 Prozent der Befragten betrachtet diese jedoch als unzureichend. Folgende Unzulänglichkeiten werden genannt:
 - Zu viel Bürokratie
 - Die bisher entstandenen Einbußen können durch die Energiehilfen in weiten Teilen nicht kompensiert werden.
 - Zwischen Ankündigung auf Bundesebene und Umsetzung auf kommunaler und/oder Länderebene klafft eine große Lücke

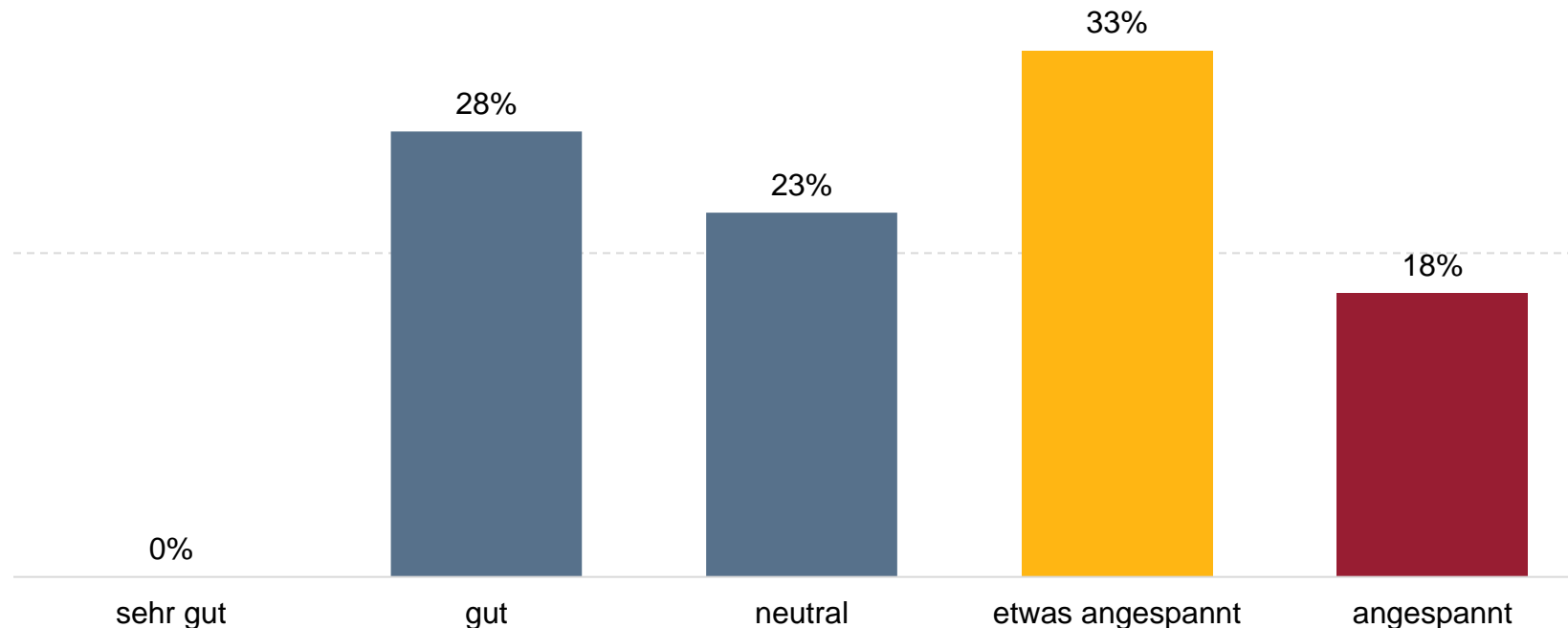
Investitionen werden zumeist aus Eigenmitteln oder Förderprogrammen finanziert.

- Insbesondere Digitalisierung, Personal, Immobilien und Weiterentwicklung des Geschäftsmodells identifizieren die Befragten als wesentliche Investitionsfelder.
- Überwiegend werden die Investitionen aus Eigenmitteln oder Förderprogrammen getätigt.

Welche Prognose haben Sie für die zukünftige wirtschaftliche Situation des Gesamtunternehmens?



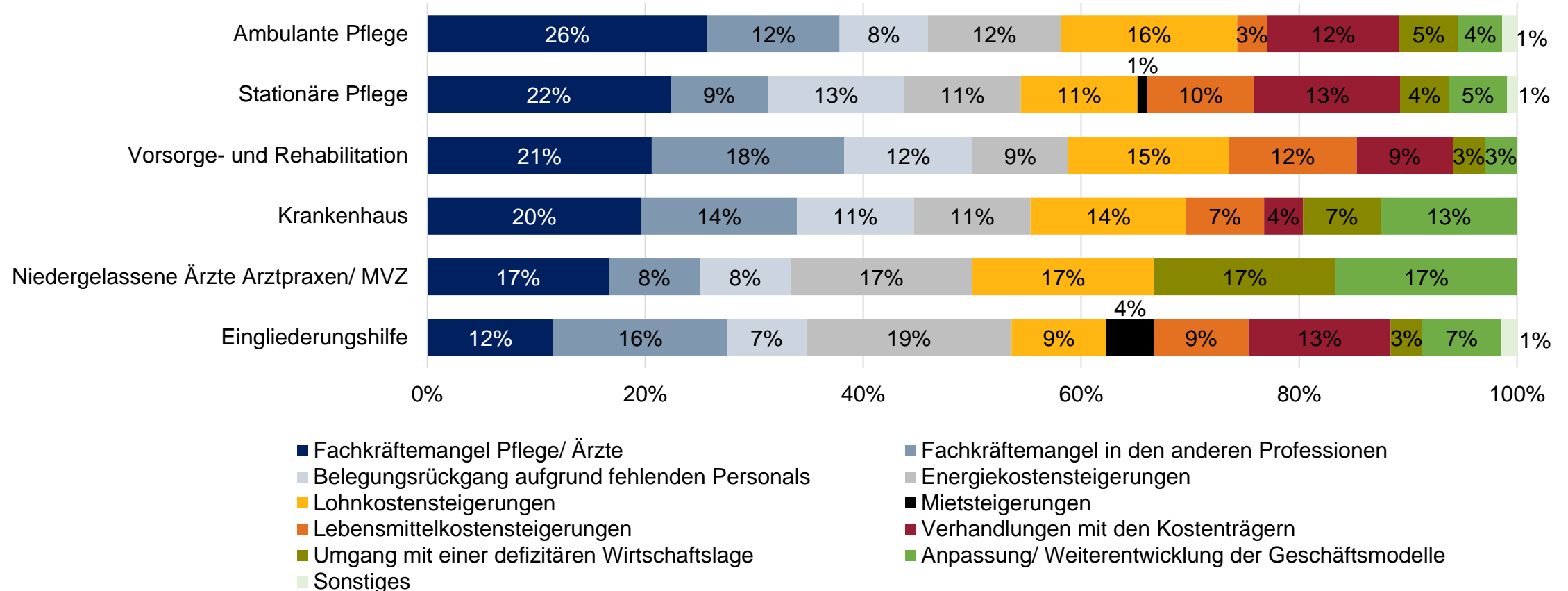
Die Hälfte der Befragten schätzen die zukünftige wirtschaftliche Situation als etwas angespannt/angespannt ein.



Größte Herausforderungen für die wirtschaftliche Situation aus Sicht der Befragten



Der Fachkräftemangel in den ärztlichen und pflegerischen Bereichen sowie in anderen Professionen, die Energiekostensteigerungen und die Lohnkostensteigerungen sind wirtschaftliche Herausforderungen in 2023.

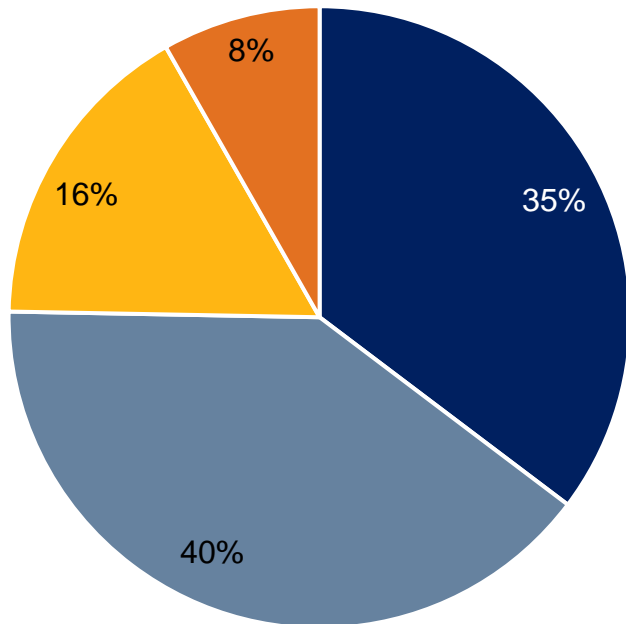


Verringerung der Aufnahmekapazitäten infolge von fehlendem Personal



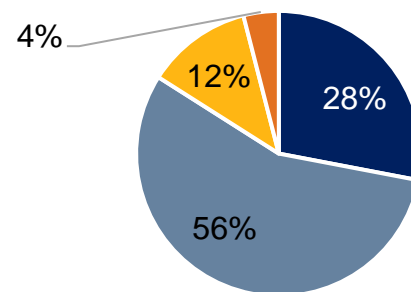
65 Prozent aller Befragten geben an, dass fehlendes Personal bereits zu einer Reduktion der Aufnahmekapazitäten um bis zu 30 Prozent geführt hat.

geschäftsfeldübergreifend:

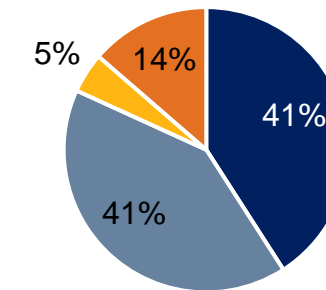


■ Nein ■ Ja, um bis zu 10% ■ Ja, um 11 bis 20% ■ Ja, um 21 bis 30%

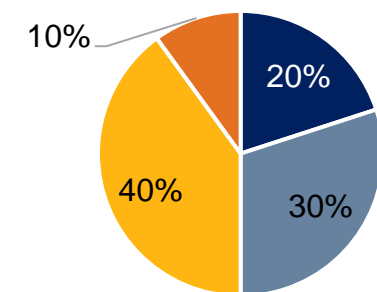
stationäre Pflege



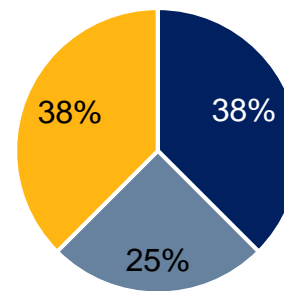
ambulante Pflege



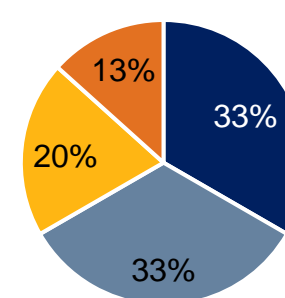
Krankenhaus



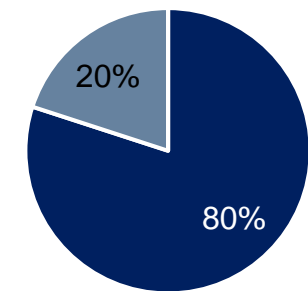
Vorsorge- und Rehabilitation



Eingliederungshilfe



amb. Gesundheitsversorgung

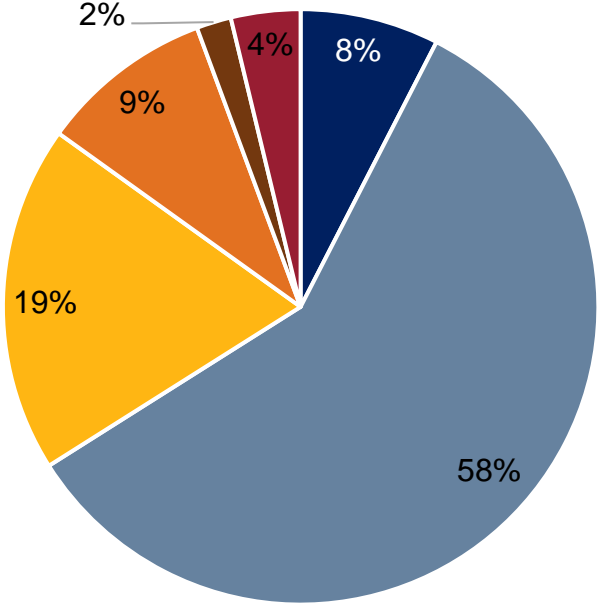


Verringerung des Ertrags infolge von fehlendem Personal

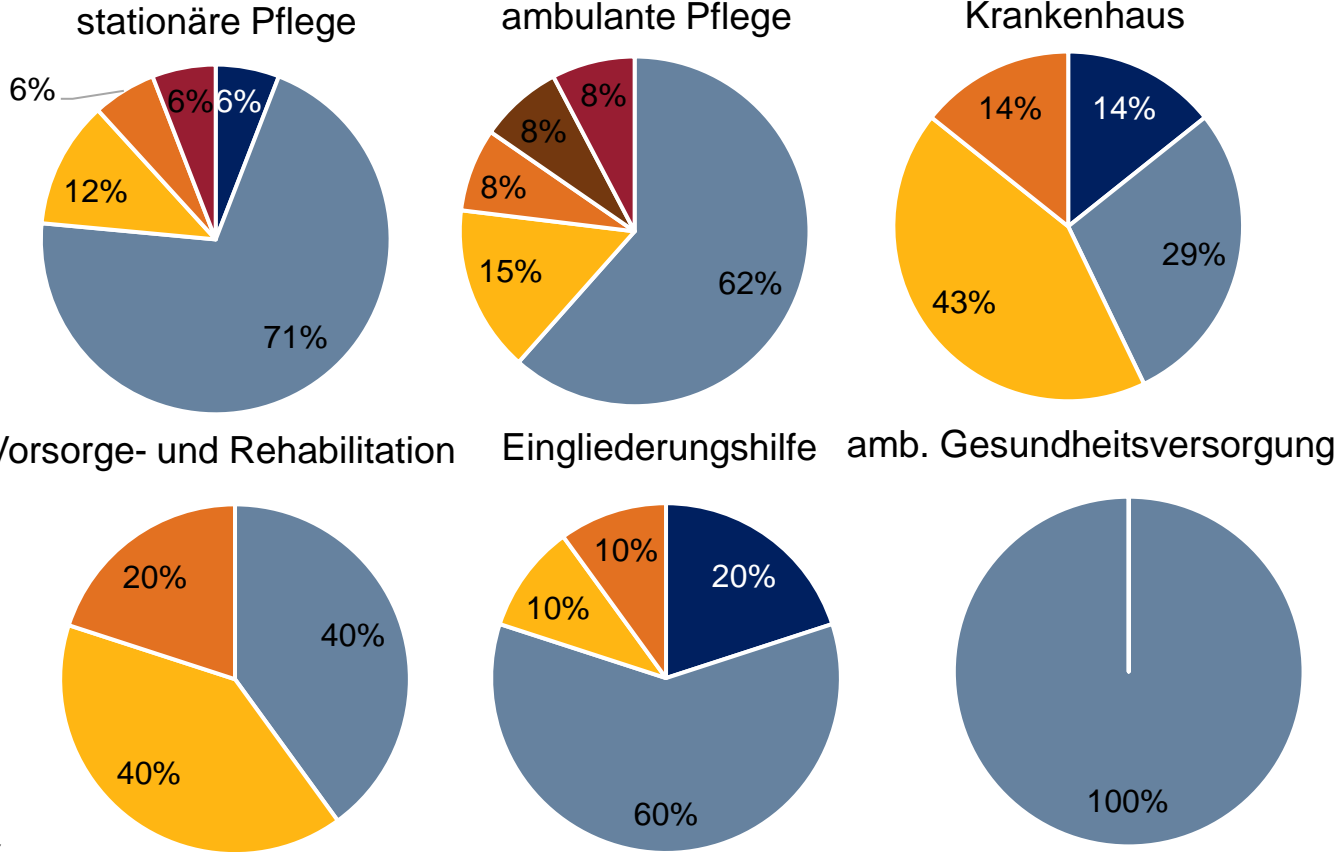


92 Prozent aller Befragten geben an, dass fehlendes Personal bereits zu einer Reduktion des Ertrages geführt hat.

geschäftsfeldübergreifend:



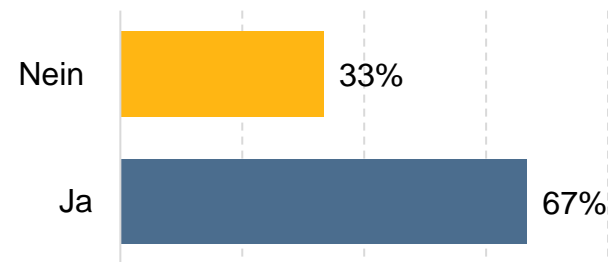
- Keine Auswirkungen
- Ertrag gesunken um bis zu 10%
- Ertrag gesunken um 11 bis 20%
- Ertrag gesunken um 21 bis 30%
- Ertrag gesunken um 31 bis 40%
- Ertrag gesunken um mehr als 40%



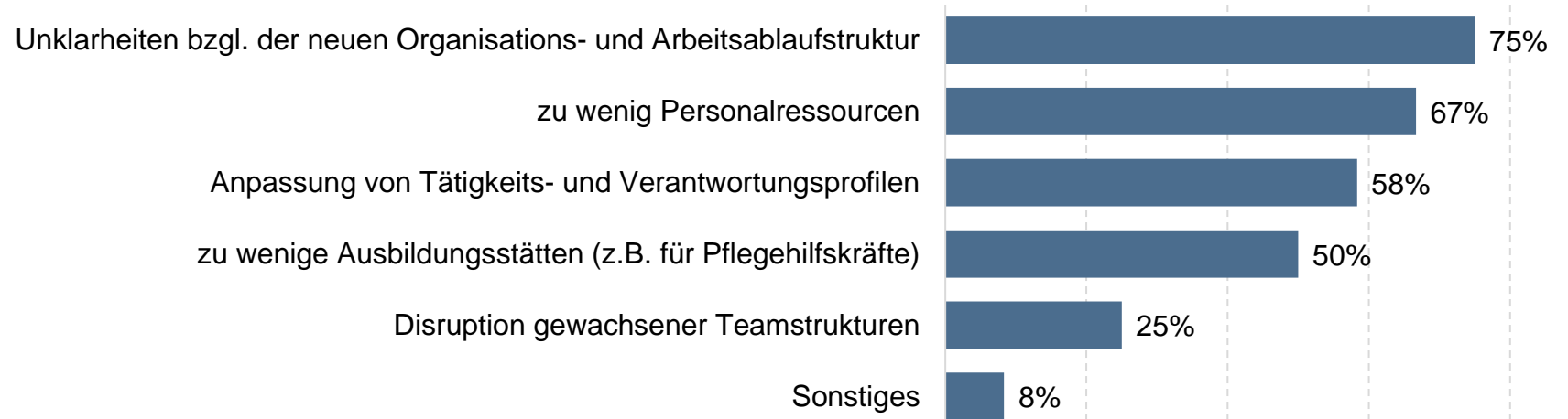
Maßnahmen in Bezug auf das neue Personalbemessungssystem in der stationären Pflege



Circa 2/3 der Befragten aus der stationären Pflege geben an, bereits Vorkehrungen im Bezug auf das neue Personalbemessungssystem getroffen zu haben. Jedoch bestehen große Unsicherheiten bei der Umsetzung/ Vorbereitung der Maßnahmen.



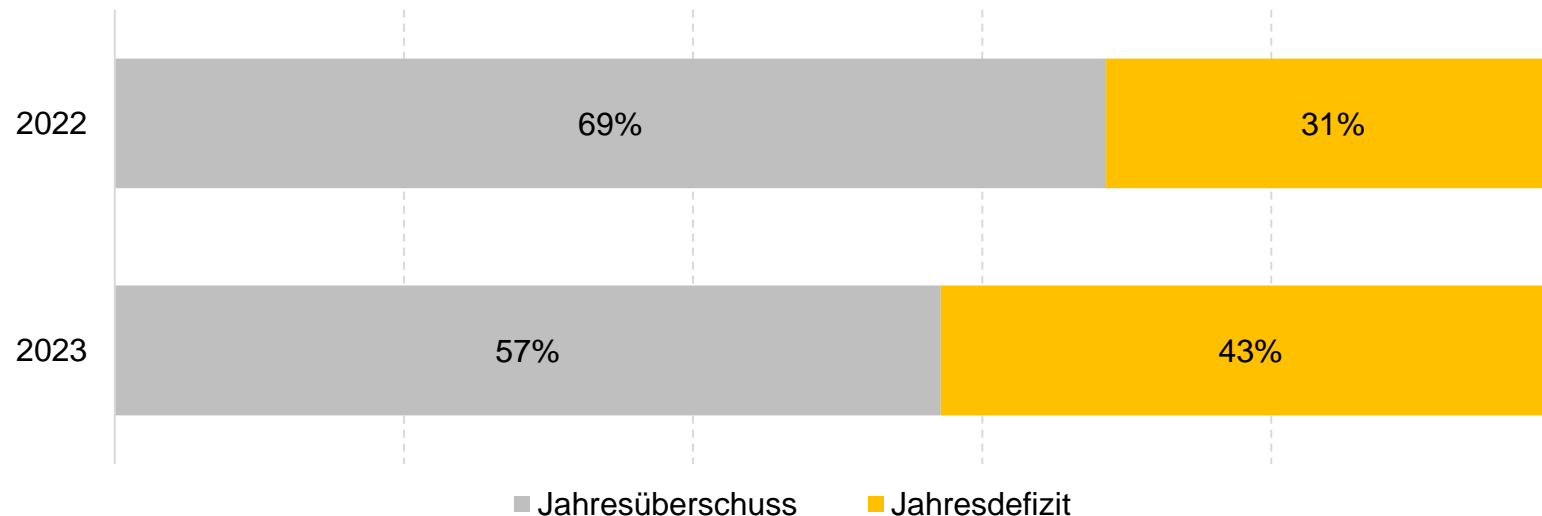
Wenn ja: Herausforderungen in Bezug auf das Personalbemessungssystem, wenn bereits Vorkehrungen getroffen wurden:



(Erwartung) Jahresüberschuss oder -defizit in den Jahren 2022/ 2023



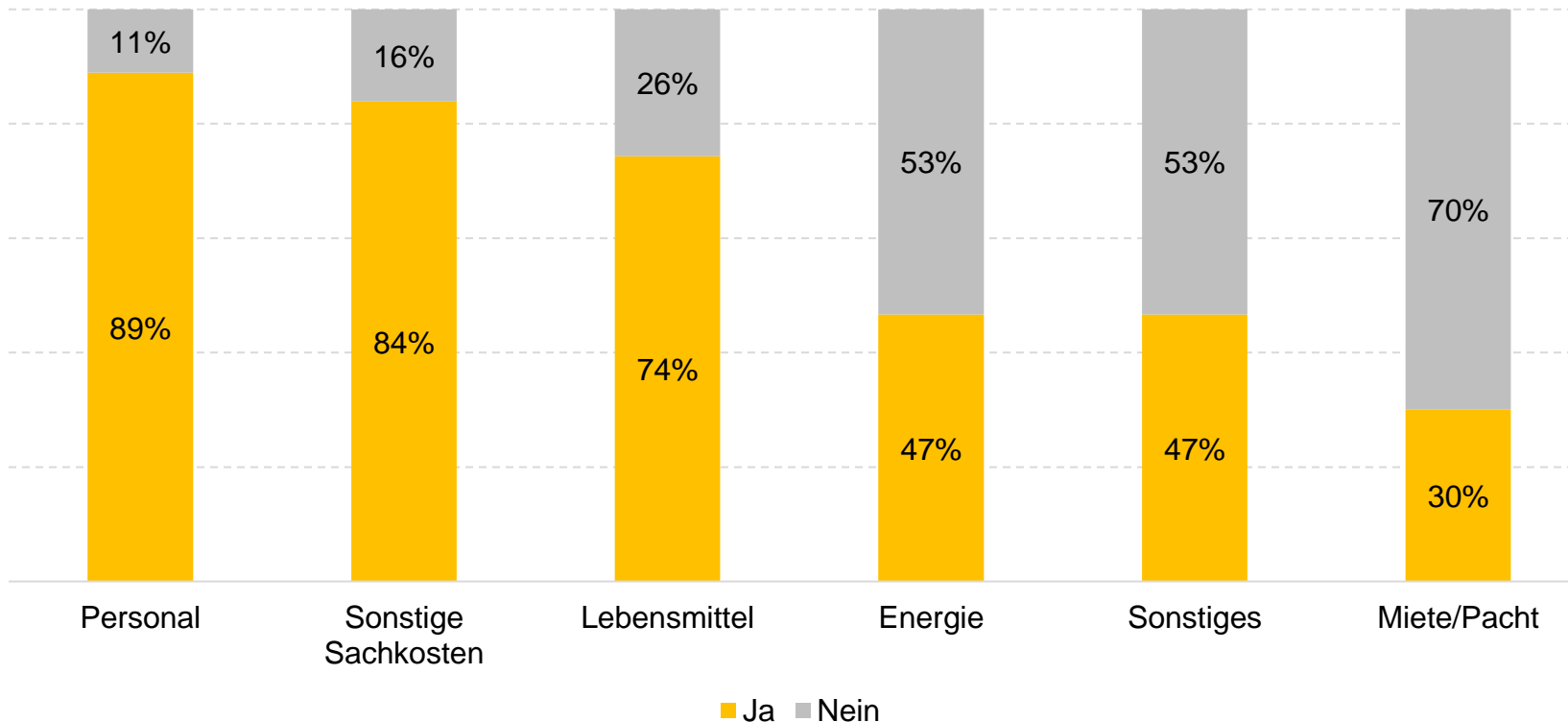
Circa 1/3 der Befragten gibt an, dass die soziale Organisation im Jahr 2022 ein Jahresdefizit erwirtschaftete hat. Im Jahr 2023 vergrößert sich dieser Anteil voraussichtlich nochmals um über 10 Prozentpunkte.



Erwartete Kostensteigerungen in den nächsten drei Monaten



Die Inflation spiegelt sich in den noch immer steigenden Preisen bzw. Kosten wieder. Insbesondere beim Personal sowie den sonstigen Sachkosten, Lebensmitteln und Energie erwarten die Befragten noch weitere Kostensteigerungen.

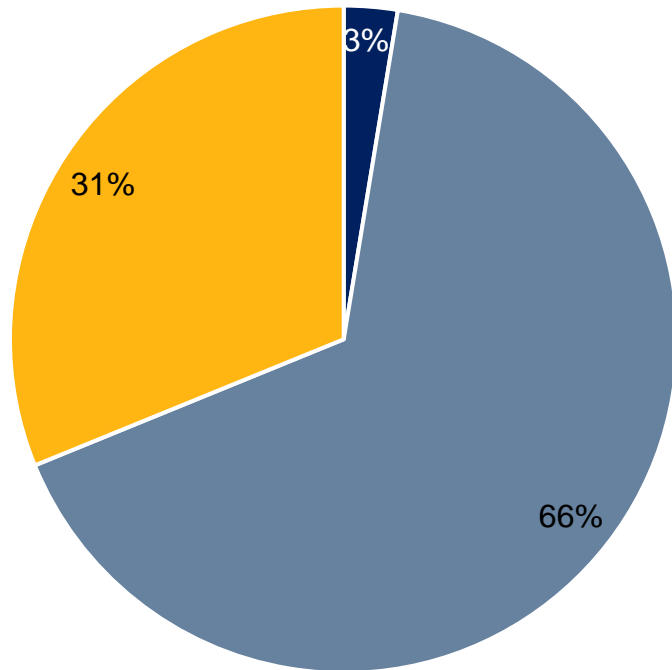


Bereitschaft der Kostenträger die Vergütung angemessenen zu erhöhen



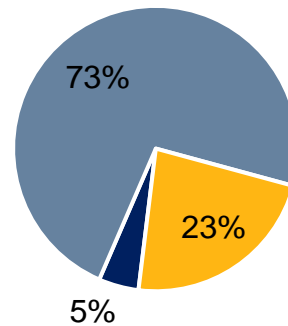
1/3 der Befragten haben die Erfahrung gemacht, dass sich die Kostenträger nicht bereit zeigen, die inflationsbedingten Mehrkosten zu kompensieren.

geschäftsfeldübergreifend:

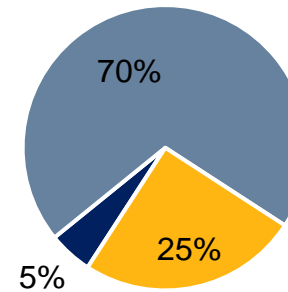


■ vollumfängliche Bereitschaft ■ teilweise Bereitschaft ■ keine Bereitschaft

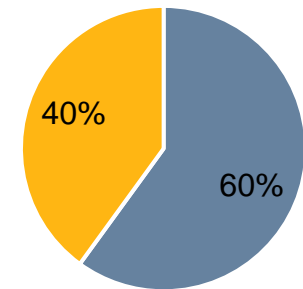
stationäre Pflege



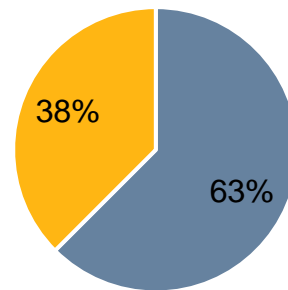
ambulante Pflege



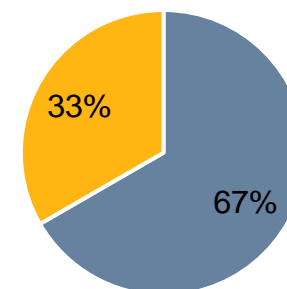
Krankenhaus



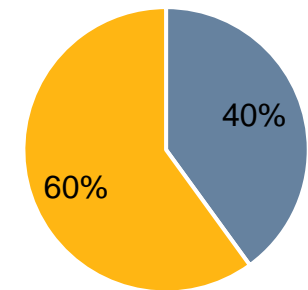
Vorsorge- und Rehabilitation



Eingliederungshilfe



amb. Gesundheitsversorgung

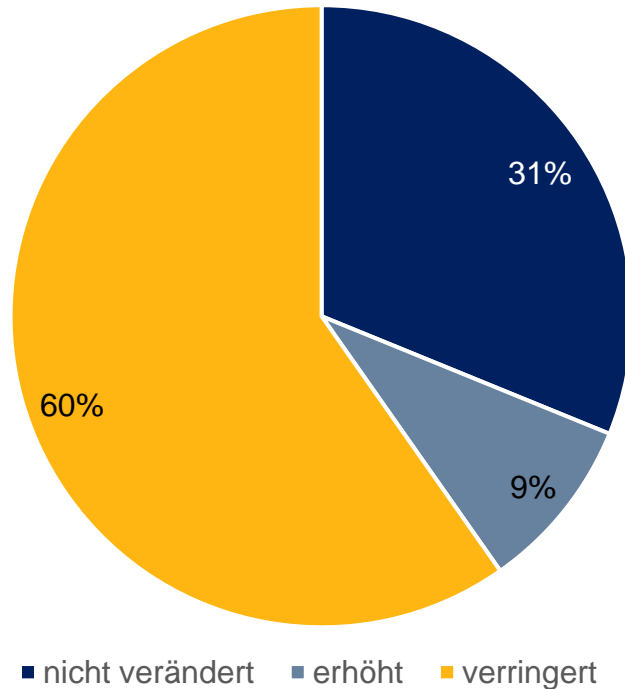


Auswirkungen der steigenden Kosten auf die Liquidität

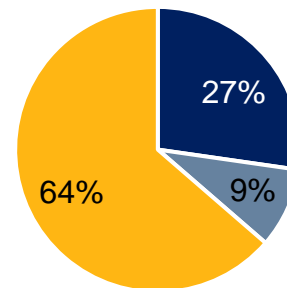


Infolge der nicht kompensierten Mehrkosten berichten 60 Prozent aller Befragten von einer Verringerung der Liquidität.

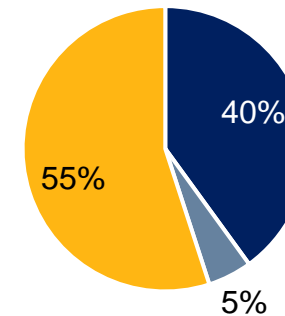
geschäftsfeldübergreifend:



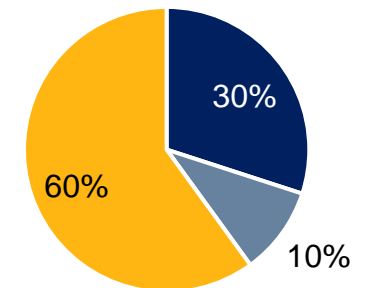
stationäre Pflege



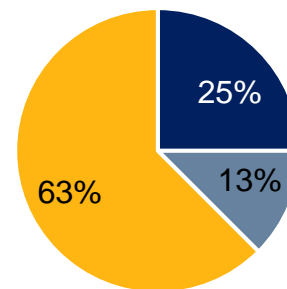
ambulante Pflege



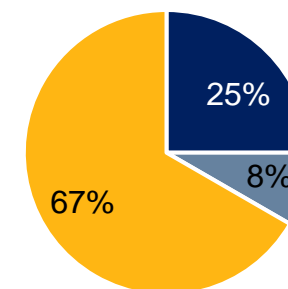
Krankenhaus



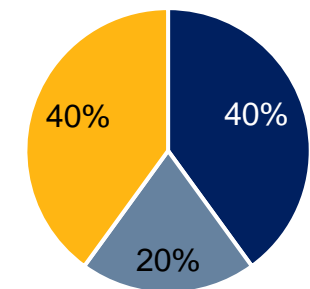
Vorsorge- und Rehabilitation



Eingliederungshilfe



amb. Gesundheitsversorgung

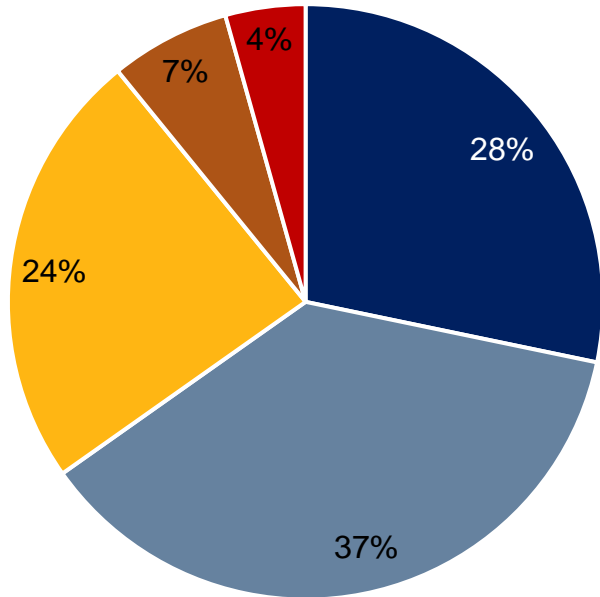


Umfang des Liquiditätsrückganges

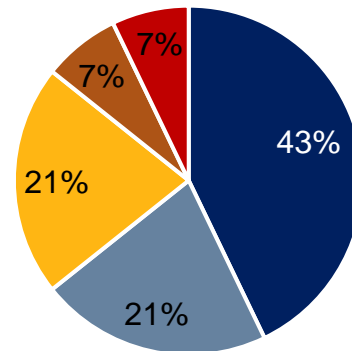


Der Umfang des Liquiditätsrückganges liegt zumeist zwischen fünf und 20 Prozent.

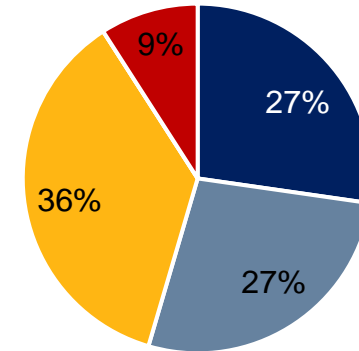
geschäftsfeldübergreifend:



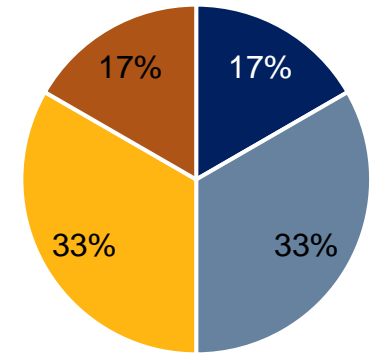
stationäre Pflege



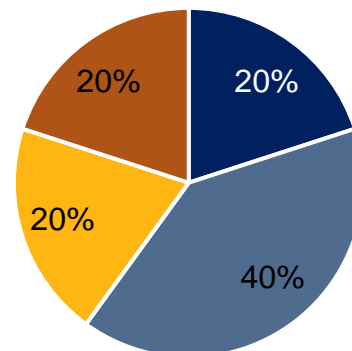
ambulante Pflege



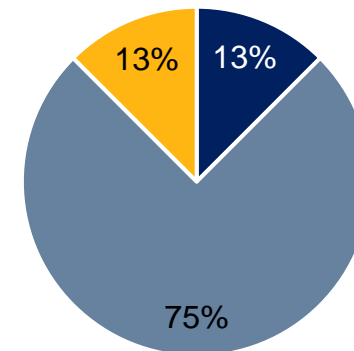
Krankenhaus



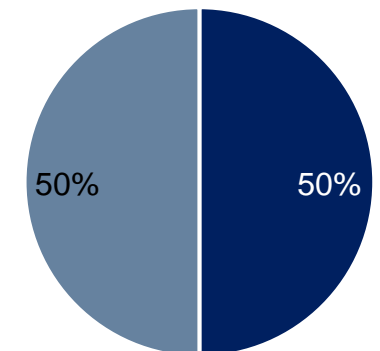
Vorsorge- und Rehabilitation



Eingliederungshilfe



amb. Gesundheitsversorgung

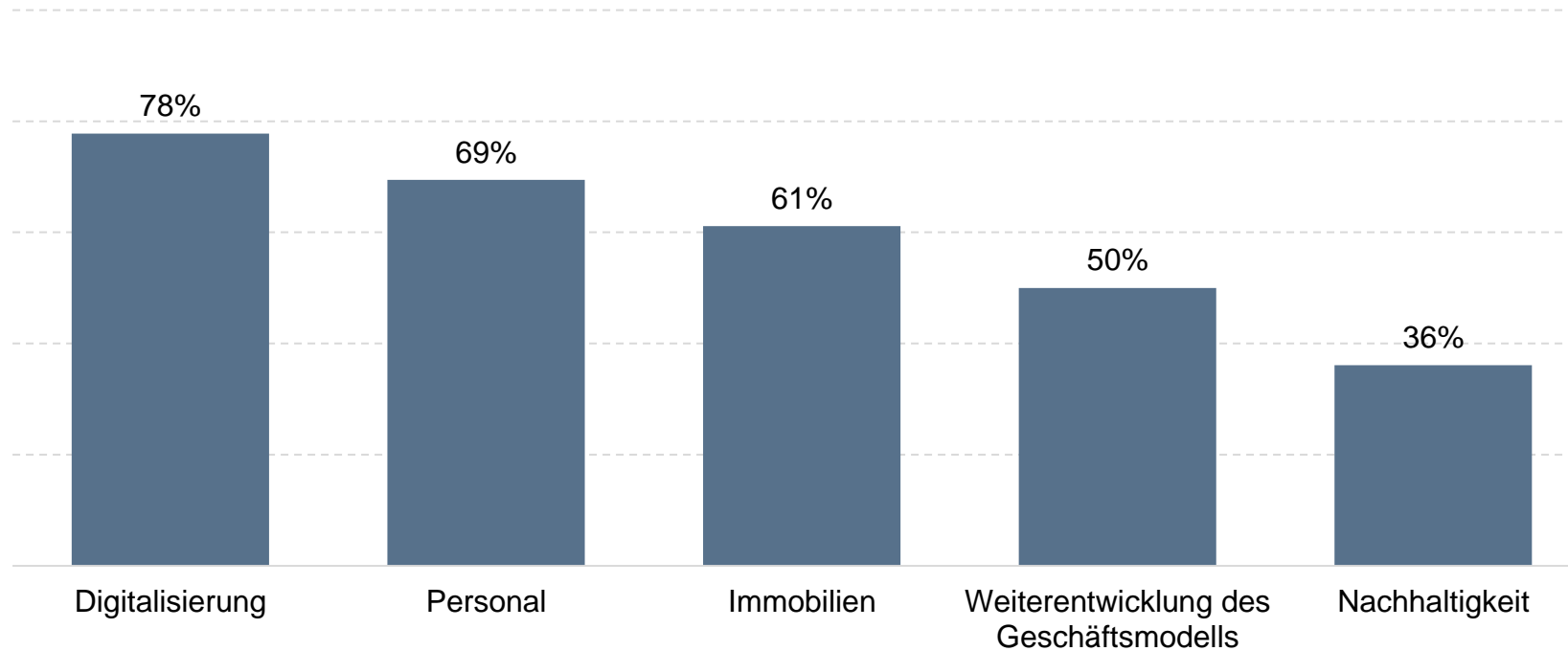


- um bis zu 5%
- um 6 bis 10%
- um 11 bis 20%
- um 21 bis 30%
- um über 30%

Wesentlichen Investitionsfelder im Jahr 2023



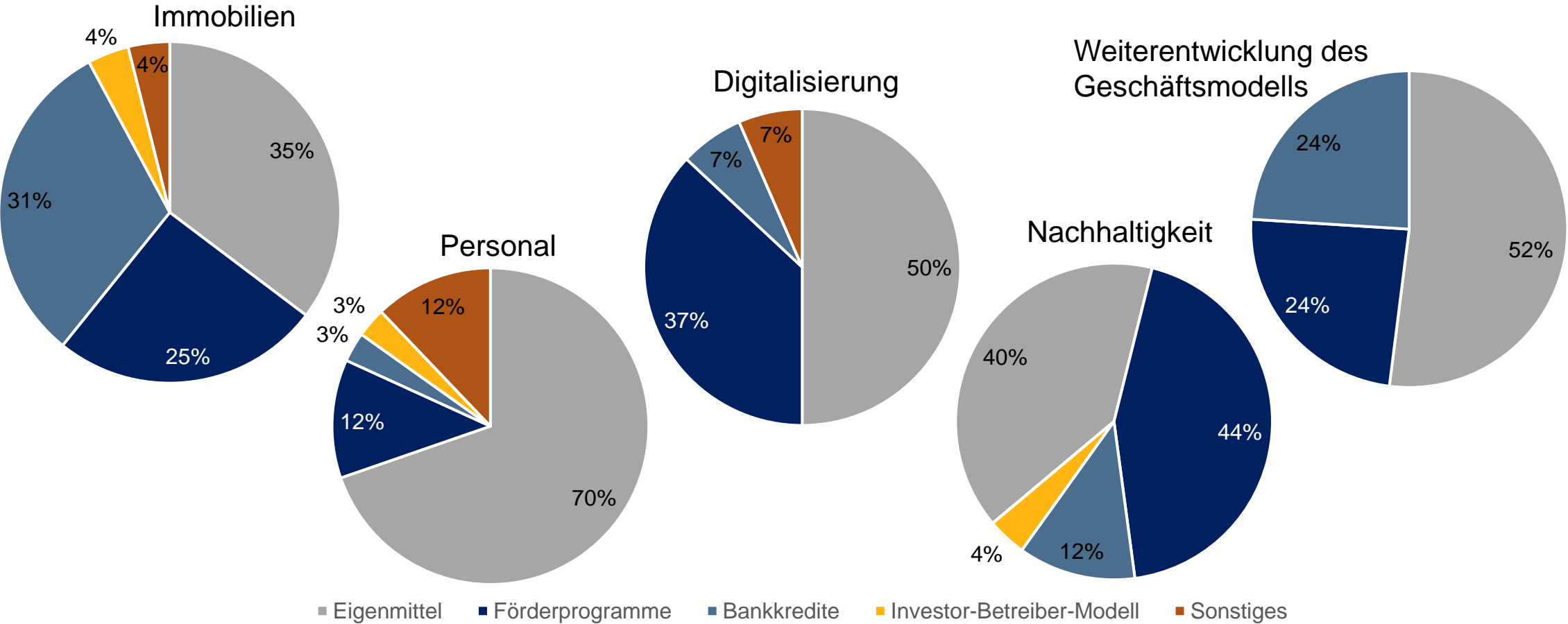
Insbesondere Digitalisierung, Personal, Immobilien und die Weiterentwicklung des Geschäftsmodells identifizieren die Befragten als wesentliche Investitionsfelder.



Finanzierungsquellen für die Investitionsfelder



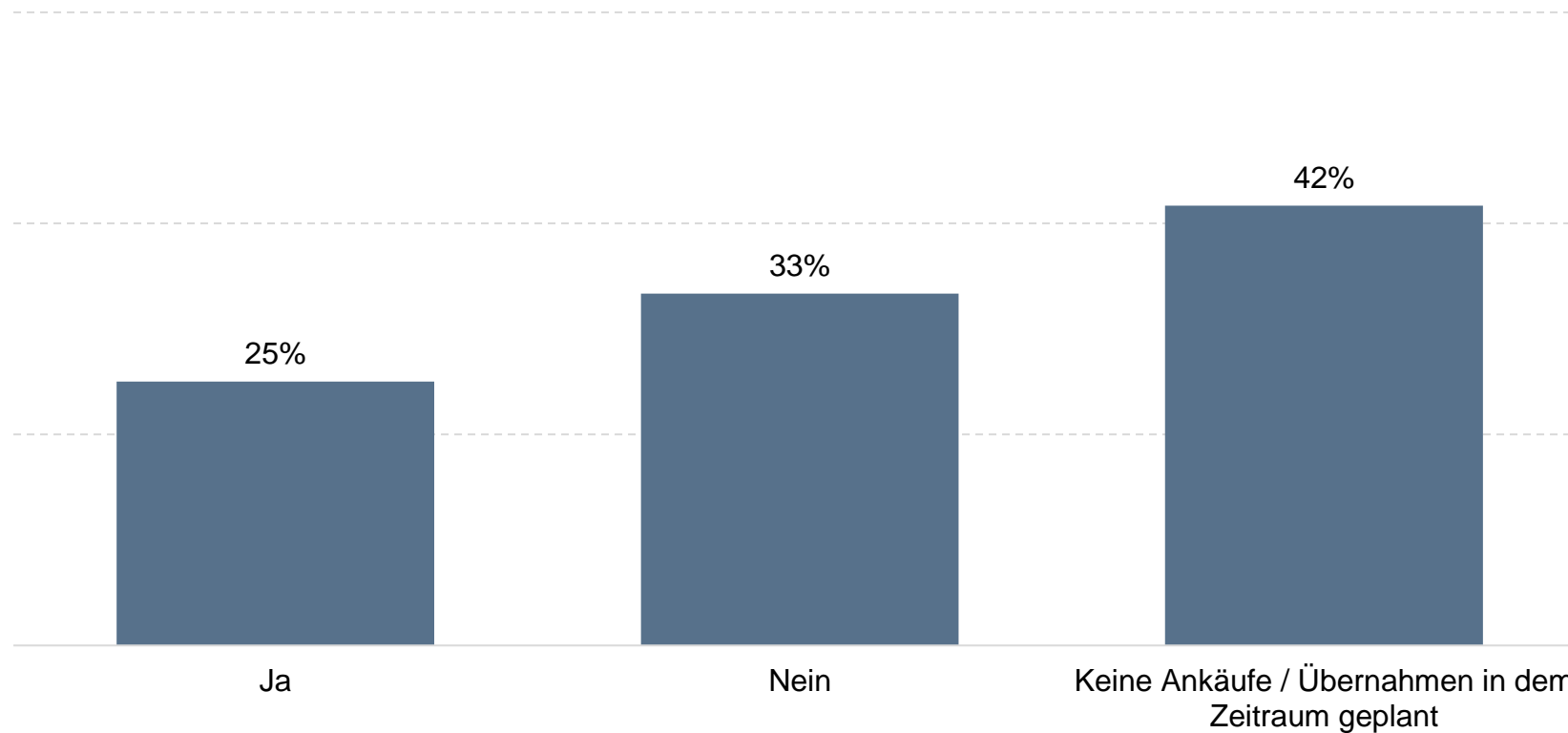
Überwiegend werden die Investitionen aus Eigenmitteln oder Förderprogrammen getätigt.



Durchführung von Ankäufen / Übernahmen / M&A Transaktionen



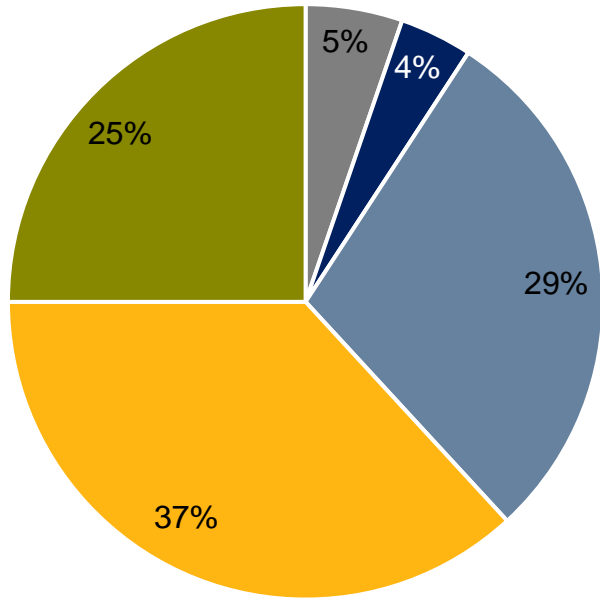
1/4 der Befragten haben in den vergangenen 12 Monaten geplante Ankäufe / Übernahmen / M&A Transaktionen aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen zurückgestellt.



Verhandlungen zur Steigerung des Vergütungssatzes

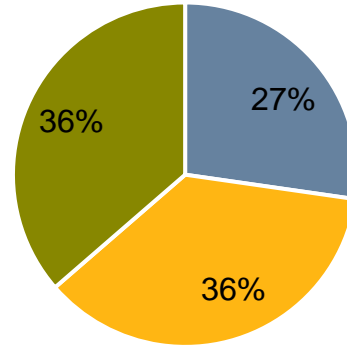
Die Befragten gehen zumeist davon aus, Vergütungssatzsteigerungen zwischen drei und mehr als sechs Prozent verhandeln zu können. Allerdings erwarten auch fünf Prozent der Befragten keine Steigerungen.

geschäftsfeldübergreifend:

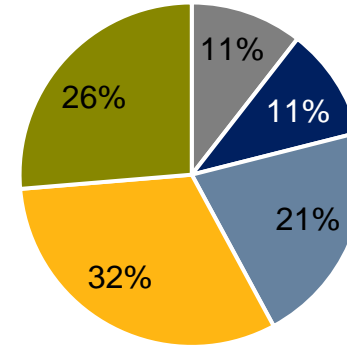


■ keine Steigerung ■ 1 – 2 % ■ 3 – 4 % ■ 5 – 6 % ■ > 6 %

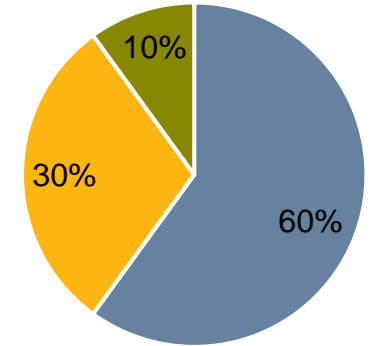
stationäre Pflege



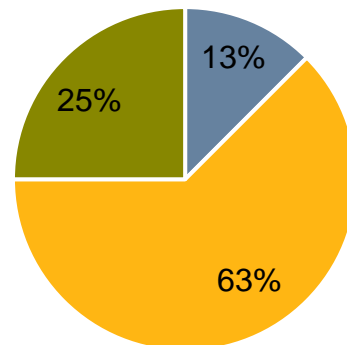
ambulante Pflege



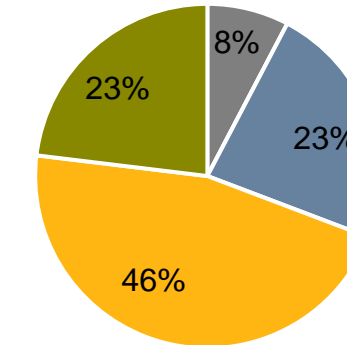
Krankenhaus



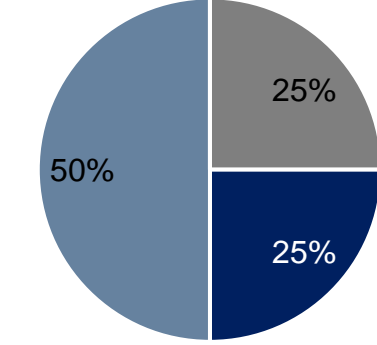
Vorsorge- und Rehabilitation



Eingliederungshilfe



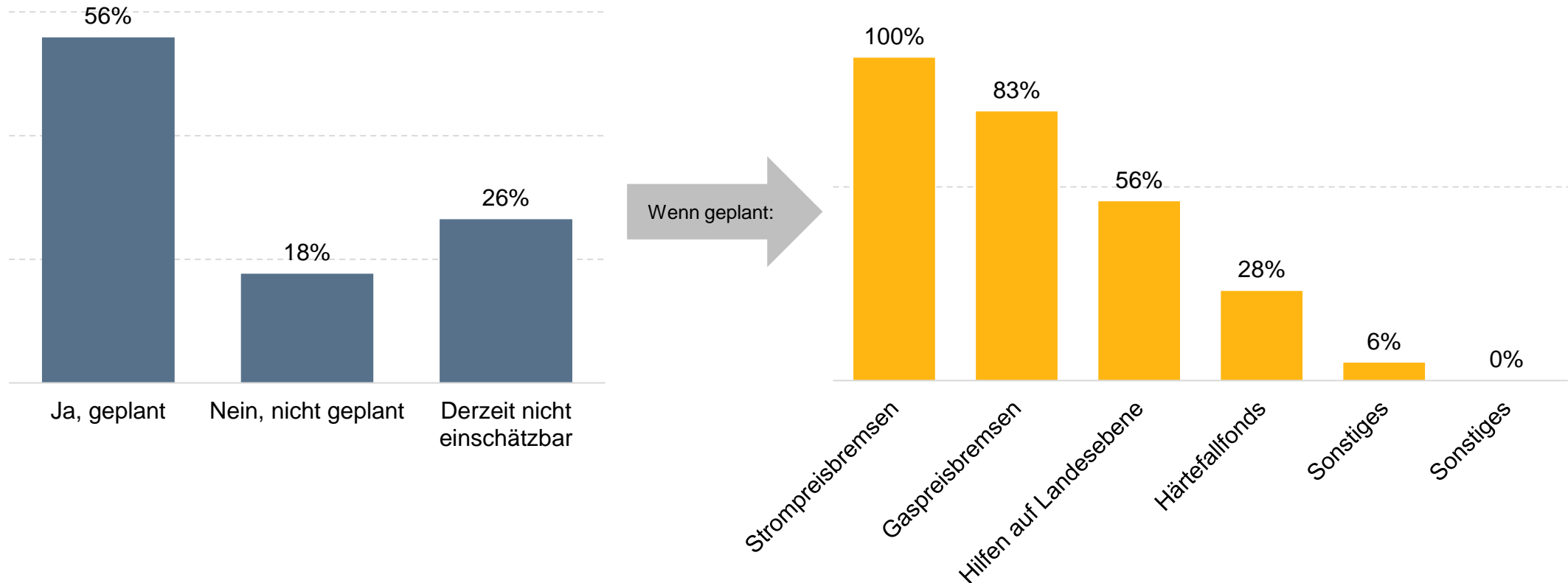
amb. Gesundheitsversorgung



Hilfsmaßnahmen zum Abfedern der Energiekrise



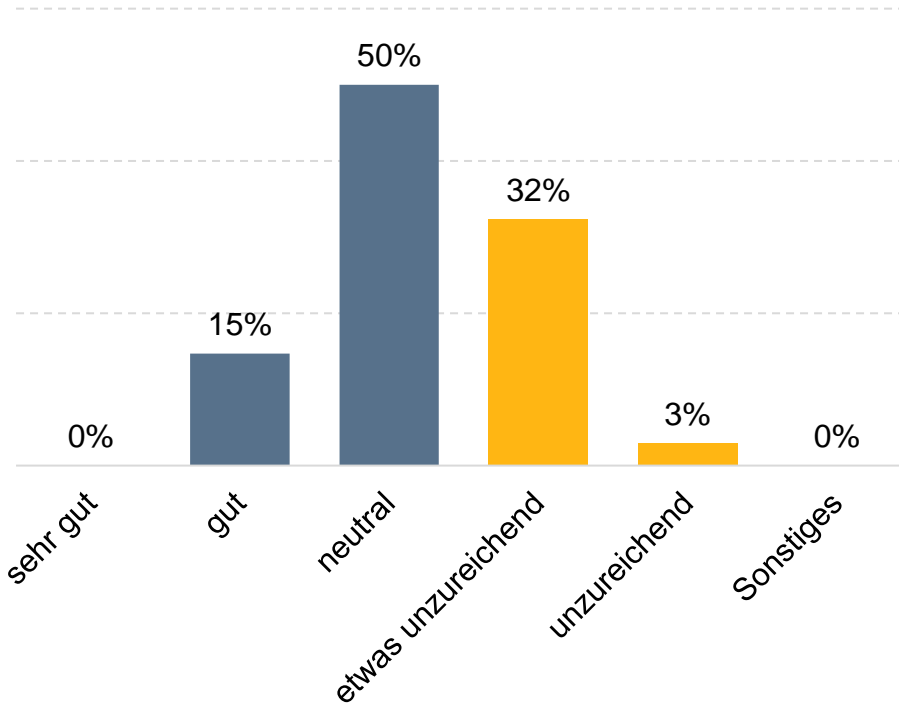
Die Befragten planen insbesondere die Gas- und Strompreisbremsen in Anspruch zu nehmen. Zurückhaltend zeigen sich die Befragten dagegen beim Härtefallfonds.



Beurteilung der von der Politik angekündigten Hilfsmaßnahmen zum Abfedern der Energiekrise



35 Prozent der Befragten betrachtet die Hilfsmaßnahmen zum Abfedern der Energiekrise als unzureichend.



Aufgrund der prospektiven Verhandlungen in der Eingliederungshilfe bleiben die Träger auf den Kostensteigerungen in 2022 sitzen. Die Dezemberhilfen gleichen das bei Weitem nicht aus.

Zwischen den Ankündigungen auf Bundesebene und der Umsetzung auf kommunaler und/oder Länderebene klafft eine große Lücke.

Zu viel Bürokratie

Durch das Finanzierungssystem werden die Kostensteigerungen erst mit erheblicher Verspätung eingepreist. Weiterhin ist der Leistungsrückgang ohne Transformationsfinanzierung schwierig zu gestalten. Einen Fixkostenbetrieb einfach zu schrumpfen, geht bei der erforderlichen Infrastruktur nicht.

IHRE ANSPRECHPARTNER



Susanne Leciejewski

s.leciejewski@bfs-service.de



Markus Sobottke

m.sobottke@bfs-service.de



Lisa Scharf

l.scharf@bfs-service.de

Impressum

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft
Konrad-Adenauer-Ufer 85
50668 Köln

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)
Thomas Kahleis
Oliver Luckner

Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Matthias Berger

Kontakt

Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-219
E-Mail bfs@sozialbank.de

Registereintrag für den Sitz Köln
Handelsregister des Amtsgerichts Köln
Registernummer HRB 29259

Registereintrag für den Sitz Berlin
Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg
Registernummer HRB 64059

Umsatzsteuer-ID DE 136634199

Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Sitz Bonn
Graurheindorfer Straße 108
53117 Bonn

Einlagensicherung und Institutsschutz

Wir sind der amtlich anerkannten BVR Institutssicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen.

www.bvr-institutssicherung.de

www.bvr.de/SE

Disclaimer

Die vorliegende Ausarbeitung enthält Angaben, Analysen, Prognosen und Konzepte, die den Kunden zur unverbindlichen Information dienen. Es handelt sich hierbei um keine juristische oder sonstige Beratung und stellt kein Angebot jedweder Art dar. Eine Gewähr für die Richtigkeit und inhaltliche Vollständigkeit der Angaben kann von uns nicht übernommen werden.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft AG unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Köln, November 2021